

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Fachbereichsleiter 3
Bearbeitet von: Herrn Reisch

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

19.02.2003

Rat

26.02.2003

Betreff:

Beratung und Beschlussfassung von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2003, des Investitionsprogrammes 2002 - 2006 und der 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2003 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2002 - 2006/2013

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- a) die Haushaltssatzung 2003 einschl. aller Anlagen mit den notwendigen Änderungen laut den Anlagen 1 (Verwaltungshaushalt) und 2 (Vermögenshaushalt/Investitionsprogramm),
- b) über die noch nicht berücksichtigten Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse zu den Festsetzungen von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2003 lt. Anlage 3,
- c) die 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2003 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2002 – 2006/2013 unter Berücksichtigung der für den Haushalt 2003 erfolgten Änderungen.

Sachverhalt / Begründung:

Zur weiteren Beratung und Beschlussfassung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2003 und des Investitionsprogrammes 2002 – 2006 überreiche ich als Anlage 1 die notwendigen Änderungen des Verwaltungshaushaltes und als Anlage 2 die notwendigen Änderungen des Vermögenshaushaltes einschl. Investitionsprogramm 2002 –

2006 sowie als Anlage 3 die Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse gegenüber der am 18.12.2002 im Rat eingebrachten Entwurfsfassung.

Aufgrund des auch in 2003 unausgeglichenen Verwaltungshaushaltes ist gem. § 75 Abs. 4 GO das Haushaltssicherungskonzept 1994 für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt fortzuschreiben. Auch diese Fortschreibung ist durch den Rat der Stadt zu beschließen und von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen. Vor der Erteilung dieser Genehmigung darf die Haushaltssatzung 2003 gem. § 79 Abs. 5 GO nicht veröffentlicht werden und es gelten bis dahin die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung gem. § 81 GO.

Die in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Änderungsvorschläge beinhalten die Änderungsnotwendigkeiten, die sich seit der Aufstellung des Entwurfes von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2003 und der Einbringung im Rat zwangsläufig wegen des Zeitablaufes sowie neuerer Erkenntnisse ergeben haben. Wegen der Notwendigkeit dieser Änderungen wird auf die stichwortartig angegebenen Erläuterungen bei den jeweiligen Haushaltsstellen verwiesen.

Aus der Anlage 1 (Änderungen Verwaltungshaushalt) ist ersichtlich, dass im Verwaltungshaushalt gegenüber dem Entwurf der Haushaltssatzung im Saldo eine **Haushaltsverschlechterung von 179.000 €** entsteht. Als Begründung dafür sind im Wesentlichen folgende Änderungen hervorzuheben:

Einnahmen

| | |
|---|---------------|
| • Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | - 1.600.000 € |
| • Schlüsselzuweisungen | - 1.700.000 € |
| • Gewerbesteuer | + 1.000.000 € |
| • Zuführung vom Vermögenshaushalt (Grundstückserlöse) | + 1.300.000 € |

Ausgaben

| | |
|--|-------------|
| • Persönliche Ausgaben SN A | + 273.000 € |
| • Finanzierungsbeteiligung Sozialhilfe | - 277.000 € |
| • Solidarbeitrag gem. GFG | - 110.600 € |
| • Kreisumlage | - 733.100 € |

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass im eingebrachten Haushaltsentwurf die Kalkulation der Finanzaufwendungen auf der Grundlage des Regierungsentwurfes zum GFG/SGB 2003 erfolgt ist, dem wiederum die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung zu Grunde lagen. Aufgrund der erheblich herabgesetzten Steuereinnahmeerwartungen des Landes NW für 2003 als Ergebnis der Steuerschätzung vom November 2002 waren - so der Innenminister NW - "zwangsläufig auch schmerzliche Änderungen des eingebrachten Gesetzentwurfes zum GFG/SGB 2003 unverzichtbar". So liegt nach Verabschiedung des GFG/SGB 2003 am 18.12.2002 die originär auf Landesebene zur Verfügung stehende Verbundmasse gegenüber der Planung (+ 2,2 %) um 0,2 % unter der des Vorjahres.

Die vorstehenden, eingetretenen Verschlechterungen sind durch Verbesserungen bei Einnahme- bzw. Ausgabepositionen an anderer Stelle nicht zu kompensieren. In

Folge dessen **ist es zur Vermeidung einer weiteren erheblichen Ausweitung des Defizits erforderlich, zusätzliche Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken in einer Größenordnung von 1,3 Mio. € zu veranschlagen.** Diese können durch als realistisch anzusehende Mehreinnahmen sowie Umschichtungen im Vermögenshaushalt - auch im Zuge der Jahresabschlussarbeiten 2002 - erreichbar gemacht werden. Die Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt beläuft sich damit auf nunmehr 9,3 Mio. €.

Anlage 3 enthält **noch nicht berücksichtigte** Änderungsempfehlungen der Bezirks- und Fachausschüsse zum Haushaltsentwurf 2003.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass diese Änderungsempfehlungen nicht die mit Verwaltungsvorlage Nr. 2389/2002 vom 04.12.2002 unterbreiteten Konsolidierungsvorschläge aus dem Bereich der freiwilligen Leistungen (insgesamt 279.850 €) enthalten, da bei der Haushaltsberatung in den Fachausschüssen diesbezüglich unterschiedlich verfahren wurde. Einerseits wurde, die im Fachausschuss zu beratenden Haushaltsstellen betreffend die Empfehlung ausgesprochen, die verwaltungsseitig vorgenommenen Kürzungen rückgängig zu machen. Andererseits wurde unter Hinweis auf die in diesem Zusammenhang herausgegebene Verlautbarung der Mehrheitsfraktion bei Einbringung des Haushalts, die vorgeschlagenen Kürzungen insgesamt nicht mitzutragen, auf eine nochmalige Empfehlung verzichtet.

Ebenfalls noch unberücksichtigt geblieben ist ein (sich abzeichnender) Verzicht auf die Anhebung der Grundsteuer B mit sich daraus ergebenden und bereits etatisierten Einnahmen von rd. 670.000 €.

Sofern dem Verwaltungsvorschlag insgesamt (= Reduzierung freiwilliger Leistungen / 260.620 € und Anhebung Grundsteuer B / 670.000 €) nicht gefolgt wird und adäquate Deckungsvorschläge nicht möglich sind, hat dies eine weitere Ausweitung des Defizits um rd. 931.000 € zur Folge.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die in der Kürzungsliste enthaltenen Positionen "Städtenetz Lahn-Sieg-Dill" (HHSt. 1.791.7120.1) und "Zuschuss Nachtbus" (HHSt. 1.791.7180.5) aufgrund einer noch bestehenden vertraglichen Bindung bzw. eines schon gefassten Ratsbeschlusses bereits in den notwendigen Änderungen zum Haushaltsentwurf 2003 (Anlage 1 - Ausgaben - lfd. Nr. 38 und 39) berücksichtigt sind und somit die ausgewiesene Gesamtsumme (279.850 €) entsprechend vermindern.

Bis zum "Redaktionsschluss" dieser Vorlage waren die Haushaltsberatungen des Bauausschusses und des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung noch nicht durchgeführt. Sollten sich hieraus weitere Änderungsempfehlungen ergeben, werden diese kurzfristig nachgereicht.

Durch die notwendigerweise zu berücksichtigenden Änderungen zum Haushalt 2003 laut den Anlagen 1 und 2 ergeben sich bei den Festsetzungen der Haushaltssatzung 2003 folgende Korrekturen:

§ 1 – Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes –

| | alt | +/- | neu |
|--|-------------|-------------|-------------|
| a) Verwaltungshaushalt | EURO | EURO | EURO |
| Einnahmen | 176.530.100 | - 86.025 | 176.444.075 |
| Ausgaben | 213.915.100 | 92.975 | 214.008.075 |
| Fehlbedarf | 37.385.000 | 179.000 | 37.564.000 |
| hiervon Fehlbetrag a. V. | 24.658.000 | | 24.658.000 |
| mithin originär in 2003 | 12.727.000 | 179.000 | 12.906.000 |
| b) Vermögenshaushalt | | | |
| Einnahmen u. Ausgaben | 47.883.800 | 3.499.000 | 51.382.800 |
| davon Investitionen Einzelpläne 0 – 8 | 20.942.100 | 2.159.000 | 23.101.100 |

§ 2 – Gesamtbetrag der Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite i. H. v. 4.282 T€ vermindert sich gegenüber der bisherigen Festsetzung um 116 T€ auf **4.166 T€**. Eine Nettoneuverschuldung wird damit vermieden.

§ 3 – Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen erhöht sich von 20.700 T€ um 4.700 T€ auf **25.400 T€**.

§ 4 – Höchstbetrag der Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite verändert sich gegenüber der bisherigen Festsetzung von 100 Mio. € nicht.

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Ulf Stötzel

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

Anlagen: